

Nr. 26 Gemeinsamer Ministerrat, Ofen, 21. November 1868

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der Reichskanzler Freiherr v. Beust, der Reichskriegsminister [FML.] Freiherr v. Kuhn (14. 12.), der Reichsfinanzminister Freiherr v. Becke (1. 12.), der k. k. Ministerpräsidentenstellvertreter Graf Taaffe, der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Andrassy. Protokollführer: Sektionschef v. Hofmann.

Gegenstand: I. Pensionsfond für die ehemaligen Honvédoffiziere. II. Verhandlung über das Wehrgesetz. III. Rekrutenbewilligung in Ungarn. IV. Zustände in Rumänien.

KZ. 4653 – RMRZ. 26

Protokoll des zu Ofen am 21. November 1868 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Ah. Vorsitze Sr. Majestät des Kaisers.

[I.] Seine Majestät der Kaiser geruhen die Beratung mit dem Bemerken zu eröffnen, daß von seiten des Kriegsministers nach vorläufig gepflogenen Einvernehmen mit dem ungarischen Ministerpräsidenten ein Vortrag vorbereitet worden sei, welcher die Durchführung des kaiserlichen Handschreibens vom 25. April d. J. betreffend die Regelung der Verhältnisse derjenigen Offiziere, welche durch ihre Teilnahme an der ungarischen Bewegung im J. 1848 ihrer Pensionsfähigkeit verlustig wurden, zum Gegenstand habe.¹ Eine eigene Kommission habe diese Angelegenheit reiflich geprüft und gefunden, daß die Summe von 147 000 fl. genüge, damit den gedachten Offizieren ihre Pensionen wieder ausbezahlt werden könnten. Als Nachtragszahlung für die seit 27. April verflossene Zeit seien 98 000 fl. erforderlich. Das Gesamterfordernis pro 1868 belaufe sich daher auf 245 000 fl. Bei der großen Heimlichkeit des Gegenstandes und des Momentes habe der Reichskriegsminister die Anfrage gestellt, wie hinsichtlich dieser Frage vorzugehen wäre, und Allerhöchstdieselben hätten Sich infolgedessen veranlaßt gesehen, den heutigen Ministerrat zu berufen und denselben zur Erörterung darüber aufzufordern, wie – politisch-diplomatisch – die diesfälligen Einleitungen am besten getroffen werden könnten.²

¹ Ah. Handschreiben v. 25. 4. 1868 [Abschrift] KA., MKSM. 71-6/15/1868. Au. Vortrag des Reichskriegsministers v. 20. 11. 1868, womit gemäß Ah. Handschreiben v. 25. 4. 1. J. aufgrund der einvernehmlich mit dem kgl. ung. Ministerpräsidenten geführten kommissionellen Verhandlungen behufs der Ah. bewilligten angemessenen Versorgung der ehemaligen k. k. Offiziere, die infolge der Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 ihrer Pensionsansprüche verlustig wurden, aus dem allgemeinen Militärpensionsetz die Anträge gehorsamst unterlegt werden. Ebd.

² Über die Tätigkeit der Kommission: Andrassy an Kriegsminister v. 5. 6. 1868, OL., Sektion K-26, 505/ME.; Kuhn an Andrassy v. 18. 6. 1868, 774/ME., ebd; Andrassy an Kuhn v. 23. 6. 1868, ebd.; im Namen des Kriegsministers Roszbacher an Andrassy v. 28. 6. 1868, 829/ME. ebd.; Bericht Unterstaatssekretär über die Tätigkeit der Kommission v. 30. 10. 1868, ebd.

Ministerpräsident Graf Andrássy: Er denke sich den Vorgang in der Weise, daß an die Delegationen eine Mitteilung gerichtet werde des Inhalts: die betreffende Kommission habe sich mit der Verifizierung der einschlägigen Positionen beschäftigt und einen Ausweis über die Offiziere geliefert, die in die erwähnte Kategorie fallen. Die bezügliche Summe, mit welcher sich General Rosenzweig³ einverstanden erklärt habe und die überdies jährlich abnehme, sei vom Vortragenden noch herabgemindert worden. Es handle sich hier um einen hochherzigen Akt der kaiserlichen Gnade, und sei derselbe auch von größter politischer Wichtigkeit, denn ein bisher sehr unruhiges Element im Lande werde dadurch in eine gewisse Abhängigkeit von der Regierung gebracht und der Betrag, der hierfür in Anspruch genommen werde, sei verhältnismäßig gering; aus diesen Gründen vermöge Vortragender nun und nimmer anzunehmen, daß die Reichsratsdelegation gegen die Anforderung wirklich Schwierigkeiten erheben werde.

Reichsfinanzminister Freiherr v. Becke: Der Gegenstand komme zu spät, nur 14 Tage früher wäre es noch möglich gewesen, das Erfordernis dafür ins Budget einzustellen, jetzt aber erscheine dieses als sehr gewagt. Bei ruhiger Überlegung werde man voraussichtlich die deutsche Delegation zur Annahme vermögen können, augenblicklich herrscht aber im Schoße derselben eine so gereizte Stimmung, daß ein unvorsichtiges Wort alles ins Schwanken bringen könne. Für jetzt erübrige daher nichts anderes, als der Schwierigkeit auszuweichen, vorläufig nach anderen Mitteln zur Deckung zu suchen, und die Sache erst mit den nächsten Delegationen vollständig ins Reine zu bringen. Werde ein anderes Verhalten vorgezogen, so könne Vortragender – dies müsse er wiederholt betonen – gar keine Verantwortung für einen günstigen Ausgang übernehmen.

Reichskanzler Freiherr v. Beust bemerkte: Er könne den eben von dem Reichsfinanzminister vorgetragene Ansichten nur vollständig beitreten. Ein unvorsichtiger Schritt könnte leicht die nachteiligste Wirkung auf den Gang der zu überwindenden Verhandlungen haben. Es bestehe die Möglichkeit, die Sache auch der Reichsratsdelegation schmackhaft zu machen, im jetzigen Augenblick hätten aber schlimme Regungen dort die Oberhand, und man könne daher nicht dafür stehen, daß eine solche Nachforderung nicht eine sehr nachteilige Wirkung ausüben werde.

Reichsfinanzminister Freiherr v. Becke: Er müsse sich erlauben, hier an die mannigfachen Angelegenheiten zu erinnern, welche mit Rücksicht auf eine ungünstige Stimmung in Ungarn im Laufe der letzten Jahre nicht zur Durchführung gelangt seien. Aus gleicher Erwägung müßte man auch gegen den anderen Teil des Reiches ebenso schonend vorgehen. Käme der Gegenstand in der Reichsratsdelegation zur Vorlage,

³ *Ferdinand Rosenzweig v. Drauwehr, General.*

so würden sich endlose Diskussionen entspinnen und wäre selbst Gefahr vorhanden, daß das Budget gar nicht einmal votiert werden würde. Vortragender sei sicher immer zur Versöhnung und Verständigung bereit, aber diesmal sei es ihm absolut unmöglich, sich anders als in dem ausgesprochenen Sinne zu äußern.

Ministerpräsident Graf Andrásy: Gerne wolle er dem gemeinsamen Finanzminister das Zeugnis erteilen, daß derselbe bisher stets sich eifrigst bemüht gezeigt habe, in Konfliktsfällen Mittel zur Verständigung zu suchen. Was den jetzt in Diskussion befindlichen Punkt betreffe, vermöge Vortragender jedoch die gleiche Anerkennung nicht auszusprechen. Der Weg, den Freiherr v. Becke andeute, sei ein ganz verfehelter, das Faktum einer zugunsten der Pensionsansprüche der ehemaligen Honvédoffiziere erflossenen Ah. Entschließung könne nicht rückgängig gemacht werden. Hier im Lande habe jedermann davon Kenntnis, und werde die Durchführung verzögert, so müsse die leidige Honvédangelegenheit wieder neuerlich in den Vordergrund gedrängt werden. Unmöglich könne Vortragender zugeben, daß auch nur ein Mitglied der deutschen Delegation den Mut haben werde, es auszusprechen, das schönste Prärogativ der Krone – das Begnadigungsrecht – solle nicht existieren. Wenigstens im Sitzungssaale selbst werde eine solche Äußerung gewiß nicht laut werden. Dafür wolle Vortragender bürgen. Eine Entscheidung zu verschieben sei also unmöglich und in parlamentarischen Verhandlungen die schlechteste Taktik, vor Hindernissen gleich zurückzuschrecken. Warum solle man nicht sagen: die Militärpensionen hätten sich infolge der allgemeinen Amnestie um die mehrerwähnte Ziffer erhöht.

Seine Majestät der Kaiser geruhe hierauf zu bemerken, daß die Gefahr nicht sowohl in der angesprochenen Ziffer als in dem Umstand liege, daß durch die Forderung selbst die deutsche Delegation in eine so üble Stimmung versetzt werden könnte, daß das Armeebudget dadurch leiden müßte.

Ministerpräsident Graf Andrásy: Auch diese Gefahr vermöge er nicht einzusehen. Das diesjährige Militärbudget sei so detailliert abgefaßt, daß der Kriegsminister den Delegierten mit gutem Gewissen sagen könne: Beweiset mir, bei welchem Posten Ersparungen möglich sind. Er sehe keine Gefahr von der Diskussion, wenn man nur gerade ausgehe. Die Linke im ungarischen Reichstage habe durch ihren Austritt aus der Delegation ein Manöver ausführen wollen, um sich bei den bevorstehenden Wahlen einen Vorteil zu sichern.⁴ Dieser Schritt werde ein Schlag

⁴ In der Herbstsession 1868 der Delegation beanstandete die von Kálmán Tisza und Kálmán Ghyczy geführte Opposition der linken Mitte die Titel Reichsminister und Reichskanzler, sie entsprächen nicht dem Geist des Ausgleichsgesetzes, und verzichtete auf Delegationsmandate. KÖNYV, Deák Ferenc beszédei, Bd. 6 79. Vgl. weiter GMR. v. 30. 1. 1868, RMRZ. 9.

ins Wasser bleiben, wenn man von seiten der Regierung keine Fehler begehe. Sei es aber möglich, gegen die ungarische Delegation den Vorwurf zu schleudern: sie sei so feig gewesen, daß sie es nicht einmal gewagt habe, einen Gegenstand von solcher Tragweite wie die Pensionierung der Honvédoffiziere zur Sprache zu bringen, so liege hierin allerdings eine große Schwierigkeit mehr.

Reichsfinanzminister Freiherr v. Becke: Wie die Verhältnisse einmal sich gestaltet haben, sei es unvermeidlich geworden, die Forderung in Pleno einzubringen und dadurch die allgemeine Aufmerksamkeit auf dieselbe zu lenken. Vortragender könne der Argumentation des königlich ungarischen Ministerpräsidenten, als leide die Sache keinen Aufschub, nicht beitreten. Was wäre denn geschehen, wenn die betreffende Kommission ihr Elaborat erst drei Wochen später vollendet hätte? Bei einer zweckmäßigen Verrechnung des ungarischen Landesministeriums mit dem Kriegsministerium oder eventuell durch einen Abzug an der Quote für die gemeinsamen Angelegenheiten, welche später zu refundieren sein würde, sei für jetzt der Schwierigkeit auszuweichen.

Seine Majestät der Kaiser hatten die Gnade, den Gedanken anzuregen, ob nicht die fragliche Summe doch noch durch eventuelle Ersparungen im Kriegsministerium hereingebracht werden könne.

Reichskanzler Freiherr v. Beust: Verschiedene Wechselfälle seien zu berücksichtigen. Es könne auch vorkommen, daß die Angelegenheit der Honvédoffiziere seitens der deutschen Delegation zu einer scharfen Loyalitätsdemonstration benützt werde. Die Geringfügigkeit des Objekts lade fast dazu ein. Um so eifriger könnte man sich dann auf das Kriegsbudget werfen und dort Abstriche vornehmen. Ganz unwiderlegbar sei das Argument, daß die Kommission ebensogut auch erst 14 Tage später mit ihrem Berichte hätte fertig werden können und daß man sich ungarischerseits damit jedenfalls hätte begnügen müssen.

Seine Majestät der Kaiser geruhten anzudeuten, ob es hiernach nicht als das zweckmäßigste erscheine, wenn der Kriegsminister seinen diesfälligen Vortrag zurücknehme und ihn erst nach 14 Tagen wieder reproduziere.

Ministerpräsident Graf Andrassy hält diesen Modus für unmöglich und führte aus, wie er zwischen der vorliegenden Frage und der Votierung des Kriegsbudgets auch nicht den mindesten Kausalnexus finden könne.

Ministerpräsidentenstellvertreter Graf Taaffe: Es sei von seiten einiger Reichsratsmitglieder wegen der Pension für Honvédoffiziere bereits interpelliert worden, hierauf sei von seiten des Ministeriums die Erklärung abgegeben worden, daß eine solche Post in der betreffenden Rubrik nicht existiere. Die gleiche Antwort sei einigen Delegierten aus Pest erteilt worden, welche die nämliche Erkundigung eingezogen haben. Bringe man den Gegenstand vor, so sei selbst Gefahr vorhanden, daß

ein Teil der österreichischen Delegierten sofort den Sitzungssaal verlasse. Allerdings müsse über die Angelegenheit eine Entscheidung getroffen werden. Jetzt aber, wo die Gemüter der deutschen Delegierten noch durch die Wehrgesetzdebatte verbittert wären, sei hierzu der allerungünstigste Moment. Für Nachtragsforderungen solcher Natur sei es zu spät. Die nächste Delegation werde in Wien tagen, und da werde es schon aus Rücksichten einer gewissen Courtoisie leichter sein, die Zustimmung der deutschen Delegierten zu erlangen, während sie sich hier über PreSSION beklagen und durch Abstriche vom Kriegsbudget Rache nehmen würden. In bezug auf die Pensionen für Honvédoffiziere würden auch die Delegierten aus dem Herrenhause mit jenen aus dem Abgeordnetenhause vollkommen Hand in Hand gehen.

Ministerpräsident Graf Andrásy: Die Erwägung, daß in Wien die Sache von seiten der deutschen Delegation willigere Aufnahme finden werde als hier in Pest, sei von allen heute gegnerischerseits vorgebrachten Argumenten das einzige, dem er eine gewisse Berechtigung nicht absprechen könne. Auch in Ungarn sei es übrigens nicht leicht gewesen, das Wehrgesetz durchzubringen, aber in solchen Zwischenfällen sei es eben Pflicht der Regierungspartei, ihre Führer nicht fallen zu lassen.

Reichskanzler Freiherr v. Beust hob hervor, wie eben ein sehr großer Vorteil für die ungarische Regierung darin liege, über eine kompakte Majorität disponieren zu können.

Nachdem **Reichskriegsminister Freiherr v. Kuhn** und **Reichsfinanzminister Freiherr v. Becke** bemerkt hatten, daß die Zahlungen einstweilen vom Kriegsminister vorschußweise geleistet werden könnten, sprach sich **Ministerpräsidentenstellvertreter Graf Taaffe** dahin aus, daß es das Beste sein würde, den Termin des 1. Jänner 1869 als denjenigen zu fixieren, an welchem die bezüglichen Beträge einschließlich der Rückstände erfolgt werden würden.

Reichskriegsminister Freiherr v. Kuhn sprach sich dahin aus, daß er die von den cisleithanischen Ministern vorgebrachten Bedenken vollständig teilen müsse. Vollkommen stichhaltig sei namentlich das vom Ministerpräsidentenstellvertreter Grafen Taaffe angeführte Motiv, daß sich die Abneigung der deutschen Delegierten, das Kriegsbudget, so wie es vorliege, zu votieren, noch verdoppeln würde, wolle man denselben bezüglich der Forderung der Honvédoffiziere Daumenschrauben anlegen.

Seine Majestät der Kaiser geruhten zu betonen, daß in einem Augenblick, wo man sich durch finanzielle Rücksichten genötigt sehe, die beabsichtigte Gagenerhöhung der Offiziere zu verschieben, die Pensionerteilung an ehemalige Honvéds einen doppelt ungünstigen Eindruck machen würde.⁵

⁵ *Über die Gagenerhöhung der Offiziere: GMR. v. 3. 11. 1868, RMRZ. 23; GMR. v. 14. 11. 1868, RMRZ. 24.*

Ministerpräsident Graf Andrássy: Nachdem er die Majorität des ungarischen Reichstages durch Hinweisung auf eine günstige Erledigung der Honvédfrage beruhigt habe, erwachse ihm aus einer Verzögerung doppelte Schwierigkeit. Man solle nur ja nicht eine Opposition im Schoß der Majorität fortwuchern lassen, dies müßte von den schlimmsten Folgen begleitet sein.

Reichskanzler Freiherr v. Beust: Er glaube zur Beruhigung des Vorredners bemerken zu sollen, wie sich die Majorität des ungarischen Reichstages doch kein Verdienst in einer Sache würde vindizieren können, welche durch Ah. Befehl endgültig entschieden sei.

Seine Majestät der Kaiser geruhen hierauf Reichsfinanzminister Freiherr v. Becke zu beauftragen, sich mit dem Entwurfe der Ah. Resolution auf den Vortrag des Reichskriegsministers zu befassen.⁶

[II.] Seine Majestät hatten nunmehr die Gnade, die weitere Behandlung des Wehrgesetzes mit dem Beifügen zur Erörterung zu bringen, daß die Verzögerung dieser Diskussion im Herrenhause sehr bedauerlich sei.

Ministerpräsidentenstellvertreter Graf Taaffe gab die Aufklärung, daß der Obmann des betreffenden Komitees, Ritter v. Schmerling⁷ ihm mitgeteilt habe, daß der Beginn der fraglichen Debatte im Herrenhause bei Einhaltung der geschäftsordnungsmäßigen Fristen vor Donnerstag wohl nicht als möglich erscheine. In der Erwartung, daß nächsten Mittwoch, vielleicht auch Donnerstag, sich das Plenum der Delegation mit dem Budget des Ministeriums des Äußern beschäftigen werde, wobei die Anwesenheit der Herrenhausmitglieder sehr erwünscht sei, wäre als nächster Sitzungstag der Freitag bestimmt worden.

Ministerpräsident Graf Andrássy erörtert sodann die großen Schwierigkeiten, welche sich für ihn daraus ergäben, wenn mit dem Zustandekommen des Wehrgesetzes in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern gezögert werde. Er müsse infolge der dort gefaßten Beschlüsse im ungarischen Reichstage mehrere nicht unwichtige Novellen zur Vorlage bringen, während für dieses ganze durch die zu beobachtenden Formalitäten ziemlich verwickelte Geschäft nur die Zeit bis zum 10. Dezember erübrige.

Seine Majestät der Kaiser geruhen hervorzuheben, daß eine Frist von neun bis zehn Tagen jedenfalls noch zur Disposition sein werde, innerhalb welcher die Abwicklung der fraglichen Angelegenheit ohne allzu große Schwierigkeiten möglich sei.

Anlangend den in bezug auf das im Kriegsbudget vorhandene Defizit zu verlangenden Nachtragskredit erklärte **Reichsfinanzminister**

⁶ *Au. Vortrag des Reichskriegsministers v. 20. 11. 1868 siehe Anm. 1.*

⁷ *Anton Ritter v. Schmerling (1805–1893), Mitglied des Herrenhauses.*

Freiherr v. Becke, daß derselbe als absolut nötig erscheine, darauf Seine Majestät der Kaiser zu entscheiden geruhen, daß die betreffende Vorlage einzubringen sei.

[III.] Hinsichtlich der Frage, wie es mit der künftigen Rekrutenbewilligung in Ungarn zu halten sei, betonte Ministerpräsident Graf Andrassy, daß dieser Gegenstand im Zusammenhalte mit den bevorstehenden Wahlen behandelt werden müsse. Betreffend den letzterwähnten Punkt sei Vortragender für möglichste Beschleunigung. Er zweifle nicht an einer Majorität für die Regierung, zögere man aber über Gebühr, so könnten ungünstigere Zeitumstände eintreten. Die Rekrutenfrage sei aber wegen der vielen notwendigen Vorarbeiten gleichzeitig zu behandeln nicht möglich und wäre dies auch wegen der damit verbundenen Aufregung nicht politisch. Vortragender halte es daher für besser, diesen Gegenstand bei dem neugewählten ungarischen Reichstage als erste Vorlage einzubringen.

Seine Majestät der Kaiser geruhen sodann zu bemerken, daß die Bestimmung der Zahl der Rekruten eine sehr zeitraubende Erörterung erheische, da diese Angelegenheit zwischen verschiedenen Ministern verhandelt werden müsse. Da diesfalls eine zehnjährige Epoche zu berücksichtigen sei, so erscheine es um so mehr als erforderlich, rechtzeitig Vorarbeiten bezüglich des erforderlichen Materials und der Feststellung der Ziffern einzuleiten.

[IV.] Seine Majestät der Kaiser hatten sodann die Gnade, der bedenklichen Zustände in Rumänien zu erwähnen und Sich dahin auszusprechen, daß die Angst hierüber in Ungarn eine sehr große sei. Die diesfälligen Meldungen seien sehr alarmierend. Minister Baron Wenckheim⁸ habe die Nachricht erhalten, daß sich unter dem Vorwand, an den Eisenbahnarbeiten teilzunehmen, nicht weniger als 20 000 Preußen in den Donaufürstentümern befänden, welche eigentlich verkappte Militärs seien.

Ministerpräsident Graf Andrassy: Es sei notwendig, eine vertraute Persönlichkeit nach den Donaufürstentümern zu entsenden, um in den dortigen Verhältnissen klar zu sehen. Der Bauunternehmer Stronsberg aus Berlin habe preußische Ingenieure für die Donaufürstentümer engagiert, welche zugleich Landwehroffiziere, wie die meisten Preußen aber auch Blagueurs seien. Diese hätten vielleicht zur erwähnten, gewiß übertriebenen Meldung Anlaß gegeben. Andererseits zweifle Vortragender nicht, daß Minister Brätianu um jeden Preis eine walachische Frage haben wolle.⁹ Wenn man die siebenbürgischen Verhältnisse richtig

⁸ *Baron Béla Wenckheim (1811–1879), 20. 2. 1867 – 21. 10. 1869 kgl. ung. Minister des Inneren.*

⁹ *Jon Brätianu (1821–1891), rumänischer Politiker, Führer der nationalliberalen Partei, Juli–November 1868 Ministerpräsident.*

würdige, so vermöge man nicht zu leugnen, daß die dortigen Bauern sehr leicht aufgereggt werden können. Vortragender sei dafür, ein-zwei Regimenter mehr in das Land zu legen, aber in möglichst unauffälliger Weise. Es lägen augenblicklich zwei walachische Regimenter in Siebenbürgen, und es sei vielfach die Meinung verbreitet, als könnten dieselben zum Abfalle verleitet werden. Vortragender glaube nicht an diese Eventualität, könne sich aber andererseits der Überzeugung nicht verschließen, daß es einer großen moralischen Niederlage für die Monarchie gleichkommen würde, wenn es gelänge, auch nur einen kleinen Teil dieser Truppen zu verführen.

Reichskanzler Freiherr v. Beust: Man müsse jedenfalls in sehr unaufsichtiger Weise vorgehen und sich darin selbst durch die übrigens sehr unwahrscheinliche Eventualität eines Einfalles aus Rumänien in Siebenbürgen nicht beirren lassen, denn entweder würde man von walachischer Seite versuchen, sich im Lande zu behaupten, dann kann es nicht schwer fallen, in kurzer Zeit genügende Streitkräfte zu sammeln, um den Feind wieder hinauszuerwerfen, oder letzterer ziehe sich sofort wieder zurück, und bei dieser Voraussetzung sei die Möglichkeit geboten, dann unsererseits mit vollem Fug und Recht auf walachischem Territorium vorzurücken.¹⁰

Reichskriegsminister Freiherr v. Kuhn: Er sei vollkommen einverstanden mit Graf Andrassy, daß man vor allem klar sehen müsse. Es seien Berichte eingegangen, welche melden, daß man walachischerseits Truppen an unsere Grenze vorschiebe. **Reichskanzler Freiherr v. Beust:** Man müsse sorgfältigst alles unterlassen, was dahin gedeutet werden könne, als hege Österreich feindliche Absichten gegen Rumänien. Besser sei es, gar nichts zu tun, als die Möglichkeit einer solchen Unterstellung zu bieten.

Ministerpräsident Graf Andrassy: Bekanntlich sei im Schoße der ungarischen Delegation eine Interpellation in dieser Angelegenheit gestellt worden,¹¹ und Vortragender sei der Ansicht, es möge darauf erwidert werden: es sei für uns durchaus keine Gefahr vorhanden und kei-

¹⁰ *Meldungen über die inneren Verhältnisse der rumänischen Fürstentümer: Prokesch an Beust v. 6. 11. 1868 Konstantinopel: Rumänien steht an der Schwelle der Abspaltung von der Türkei, Brätianu hat seine Rolle als Cavour zur Gründung Rumäniens im Auge. HHStA., PA. XII, Karton 92, Nr. 75B. Ebenfalls darüber eine Reihe von Berichten, so: 27. 10. 1868, ebd., Karton 93, Nr. 72A; Prokesch an Beust v. 4. 12. 1868, ebd., Nr. 79B. Brätianu tritt am 28. November zurück, als er die Unterstützung der Preußen verliert, die Regierung bildet Cogalnitscheanu, der – der Meldung gemäß – um die Freundschaft Österreichs bemüht sein wird.*

¹¹ *Interpellation von Zsedényi und Genossen v. 24. 11. 1868: Nachdem die Regierung der Donaufürstentümer unter dem Vorwand, daß die österreichisch-ungarische Monarchie*

nerlei besondere Maßregel notwendig. Vortragender verhehle sich aber keineswegs die Möglichkeit, daß vielleicht doch in einem anderen Sinne werde vorgegangen werden müssen. Die Befürchtung von einem walachischen Einfall sei eine in Siebenbürgen so allgemein verbreitete, daß Vortragender nur mit vieler Mühe eine Deputation habe abhalten können, sich zu Seiner Majestät zu verfügen um den Ah. Schutz in Anspruch zu nehmen.

Seine Majestät der Kaiser: Im Frühjahr sollen zwei Regimenter in Siebenbürgen abgelöst werden. Es werde sich unter den vorliegenden Umständen empfehlen, den Ersatz jetzt schon in Bereitschaft zu halten, um ihn bereits vor der für die Ablösung bestimmten Zeit hinschicken zu können. Die Zurückziehung der in Siebenbürgen stationierten Regimenter walachischer Nationalität sei nicht empfehlenswert, denn diese Truppen seien bewährt, hätten bei Custozza ausgezeichnet gefochten,¹² und man solle sich wohl hüten, ein ungerechtfertigtes Mißtrauen an den Tag zu legen.

Ministerpräsident Graf Andrassy: Vor allem müsse auch dafür gesorgt werden, daß die Zivil- und Militärautoritäten in Siebenbürgen Hand in Hand gehen.

Reichskanzler Freiherr v. Beust: Bekanntlich wolle die Pforte aktiv gegen die Donaufürstentümer vorgehen, es sei daher im höchsten Grade diplomatisch wichtig, daß nichts geschehe, was zu der Vermutung führen könne, als finde von unserer Seite eine mit der Türkei kombinierte Bewegung statt.¹³

Seine Majestät der Kaiser geruhen hierauf die Entscheidung zu treffen, daß eine vollkommen verlässliche Persönlichkeit nach den

Eroberungsziele Richtung Osten hegt, ständig und in gesteigertem Maße aufrüstet und Haß in ihren offiziellen Blättern und durch die Medien schürt; fragen wir hochachtungsvoll den Herrn gemeinsamen Außenminister, ob und welche Schritte zur Ausgleichung der den Frieden bedrohenden ... feindseligen Fakten und Bestrebungen geschehen sind? A KÖZÖS ÜGYEK TÁRGYALÁSÁRA a magyar országgyűlés által kiküldött s Öfelsége által folytatólag 1868 november 12-ére Pestre ÖSSZEHOVOTT BIZOTTSÁG JEGYZŐKÖNYVE 7–8. *Andrassy erwähnt eine bereits verlautete Interpellation, tatsächlich handelt es sich um eine offensichtlich geplante Interpellation.*

¹² *Die Schlacht bei Custozza war die letzte größere Landkriegshandlung in Italien im österreichisch-italienischen Krieg 1866, wo das österreichische Heer unter Erzherzog Albrecht am 24. 6. 1866 das bedeutend größere italienische Heer besiegte.*

¹³ *Siehe Prokesch an Beust v. 13. 11. 1868, Konstantinopel [Privatbrief] HHStA., PA. XII, Karton 93: Die Pforte will die Unabhängigkeitserklärung Rumäniens nicht abwarten, sondern zieht Truppen an der Donau zusammen und plant, an Fürst Karl ein Ultimatum zu richten, in die Grenzen seiner durch internationale Beschlüsse festgestellten Verpflichtungen zurückzutreten und innerhalb derselben zu verbleiben.*

Donaufürstentümern entsendet werde, um den wahren Sachverhalt aufzuklären.

Hiermit wurde die Sitzung geschlossen.

Beust

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen.
Ofen, 16. Dezember 1868. Franz Joseph.

Nr. 27 *Gemeinsamer Ministerrat, Ofen, 25. November 1868*

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der Reichskanzler Freiherr v. Beust, der Reichsfinanzminister Freiherr v. Becke (o. D.), der Reichskriegsminister [FML.] Freiherr v. Kuhn (o. D.), Vizeadmiral v. Tegetthoff (o. D.), Generalkriegskommissär v. Früh (o. D.).¹

Protokollführer: Sektionschef v. Hofmann.

Gegenstand: I. Kriegsbudgetverhandlungen in den Delegationen. II. Marinebudget. III. Ausbau der Kaschau-Galizischen Bahn. IV. Donau-Kanonendoote. V. Waffendurchfuhr nach der Moldau.

KZ. 4036 – RMRZ. 27

Protokoll des zu Ofen am 25. November 1868 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Ah. Vorsitze Sr. Majestät des Kaisers.

[I.] Seine Majestät der Kaiser geruhen den Stand der Verhandlungen in den Delegationen – das Kriegsbudget betreffend – zur Sprache zu bringen und zur Erörterung darüber aufzufordern, welche Wege einzuschlagen und welche Mittel zu ergreifen seien, um ein möglichst günstiges Resultat zu gewinnen. Die Sitzungen des bezüglichen Ausschusses der ungarischen Delegation seien ziemlich glücklich verlaufen, dagegen ersehe es als fraglich, ob seitens der deutschen ein gleiches zu gewärtigen sei?

Reichskriegsminister Freiherr v. Kuhn: Der Stand der Beratungen im ungarischen Delegationsausschusse stelle sich im ganzen allerdings nicht ungünstig. Viel schlimmer gehe es im deutschen Ausschusse. Ungarischerseits habe man sich mit der Form des Budgets einverstanden erklärt, die Truppenzahl angenommen, damit sei das Budget eigentlich in seiner Totalität gegeben. Der ungarische Ausschuß habe die

¹ *Unter den Anwesenden befinden sich nicht die beiden Ungarn, Ministerpräsident Graf Andrassy und Finanzminister Lónyay, dagegen unterschreibt Früh, unüblicherweise, den Einsichtsbogen.*